



Aufstand der Ordnungshüter?

Am 5. November gab die Gewerkschaft der Polizei eine Info heraus, die einleitend so begann: Am vorletzten Wochenende probten Kolleginnen und Kollegen der Schutzpolizei, wie es ist, wenn sie die Muskeln spielen lassen. In einer Aktion, die beinahe ganz Bremen einschloss, vereinbarten sie, ihre Gesundheit überprüfen zu lassen.

Hätten sie die Aktion abgeschlossen, wären in einigen Bereichen 90% und in anderen rund 50% der Kolleginnen und Kollegen zu Hause geblieben. Die Aktion, ursprünglich gedacht für den Bereich der Reviere, weitete sich sehr schnell aus. Ein großer Teil der Kolleginnen und Kollegen erklärte sich bereit, daran teilzunehmen. Im Falle der Durchführung wäre gewährleistet gewesen, dass die Bürgerinnen und Bürger im Notfall polizeiliche Hilfe bekommen hätten.

Druck auf dem Kessel steigt und steigt!

Es war das passiert, was wir in unseren politischen Gesprächen den Verantwortungsträgern in der Politik immer wieder erklärten, dass der Druck im Kessel enorm angestiegen ist. Die Ursachen liegen auf der Hand: Kürzungen, Streichungen, Nullrunden, Arbeitsverdichtung, Bezahlung der Arbeit unter Wert.

Als Politiker wie Ulrich Mäurer und Karoline Linnert und mit ihnen der Se-

nat eine weitere Kürzung des Gehaltes in Form eines Eigenbeitrages zur Freien Heilfürsorge ankündigten, riss den Kolleginnen und Kollegen der Geduldsfaden. Menschen mit einem hohen Verantwortungsbewusstsein den Bürgern und ihrem Beruf gegenüber zeigten mit einem Paukenschlag, dass sie nicht mehr gewillt sind, alles mit sich machen zu lassen.

Das ständige Gerede vom „Haushaltsnotlageland“ und „Schuldenbremse“ zog nicht mehr. Zumal es aus ihrer und damit auch aus der Sicht der GdP keine Anzeichen dafür gibt, dass die verantwortlichen Politiker ein Ende mit dem „Griff in die Taschen“ in Aussicht stellen.

In Kurzform kann man es so darstellen: Geht es dem Staat finanziell schlecht, müssen alle sparen. Geht es dem Staat finanziell gut, müssen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ebenfalls selbstverständlich Kürzungen hinnehmen, weil der Arbeitgeber Schulden zurückzahlen muss. In beiden Fällen sind sie die Verlierer.

Mitarbeiter im öffentlichen Dienst nur Kostenstellen?

Es mag so scheinen, als ob es den Kolleginnen und Kollegen in erster Linie um das Geld ginge. Doch dem ist nicht so. Die Eigenbeteiligung für die Freie Heilfürsorge brachte nur das Fass zum Überlaufen. Ein ehemaliger Polizeipräsident erklärte es einmal so:

„Nach fest kommt ab!“ Und jetzt ist eben „ab“. Den Kolleginnen und Kollegen wurde vor Augen geführt, dass die Koalition in ihrem Koalitionsvertrag und jetzt auch der Senat sie zu bloßen Kostenstellen degradierte. Als professionelle Polizisten, die für den Bürger und diesen Staat gerne den Kopf hinhalten, sind sie willkommen. Als Arbeitnehmer, die dafür bezahlt werden wollen, sind sie eher lästig.

Da verstärken solche Äußerungen wie die von Karoline Linnert („Verhandlungen finden mit ihnen nicht statt!“) oder die Rede von „Privilegien des öffentlichen Dienstes“ sowie Bemerkungen des Innensenators vor laufender Kamera, dass Polizeibeamte nicht verelenden, wenn sie zur Freien Heilfürsorge etwas zuzahlen müssen, diesen Eindruck. Ein Kollege brachte es

Fortsetzung auf Seite 2

Ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2013

wünschen wir allen Mitgliedern und Mitarbeitern der GdP, ihren Familien und ihren Angehörigen, unseren Gesprächspartnern und unseren Freunden. Unsere besonderen Wünsche gelten allen Erkrankten sowie den Kolleginnen und Kollegen, die an den Festtagen Dienst für die Sicherheit in Bremen und Bremerhaven verrichten!



LANDESVORSTAND

Fortsetzung von Seite 1

nach einer Podiumsdiskussion mit führenden Politikern dieses Landes so auf den Punkt:

„Für die hat doch das Geld oberste Priorität. Wenn einer von uns gesundheitlich draufgeht, ist es in deren Augen doch lediglich ein Kollateralschaden.“

Das Geld wird an anderer Stelle mit vollen Händen rausgeworfen

Als Gewerkschaft der Polizei fragen wir uns, wann endlich die Anliegen der Menschen ernstgenommen werden, die tagtäglich ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel setzen. Wann setzt man sich mit uns an einen Tisch und ringt ernsthaft um Lösungen? Wann zeigt man den Polizisten, den Feuerwehrleuten, den Justizvollzugsbeamten und vielen anderen, dass sie als Menschen wahrgenommen werden?

Was sollen diese Menschen davon halten, dass im Handumdrehen 80 Millionen Euro für einen Offshorewindpark, Millionen Euro für eine Privatuniversität (die von den Töchtern und Söhnen des „privilegierten“ öffentlichen Dienstes mit Sicherheit nicht besucht werden können), für fragwürdige Ampelanlagen an einer Schnellstraße, für autofreie Sonntage mit Riesenrad am Rembertiring, für überflüssige Rückbauten von Straßen oder Zählungen von Radfahrern ausgegeben werden? Für die aber, wie im Falle der Feuerwehr, noch nicht einmal 164 000 Euro übrig sind, um die Freie Heilfürsorge weiter zu gewährleisten?

Als Gewerkschaft der Polizei fordern wir, dass der Senat und mit ihnen alle politischen Mandatsträger endlich Prioritäten setzen, die allen Bürgern dieses Landes zugute kommen. Das Ziel muss sein, die Kernbereiche zu stärken und damit die Menschen nicht zu vernachlässigen, die dafür Sorge tragen, dass

der Staat funktioniert. Erst danach kann man sich „Denkmäler“ setzen wie Riesenräder, Fahrradzählaktionen, Straßentrückbauten, Privatuniversitäten usw., usw.

Wir fordern, dass die Gesetzesinitiative **Verhandeln statt Verordnen** wieder aufgegriffen wird und wir im Anschluss auf Augenhöhe zu vernünftigen vertraglichen Regelungen kommen.

Es geht nicht mehr nur um die Freie Heilfürsorge. Es geht um die Wertschätzung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst insgesamt.

Solange das nicht passiert und weiterhin mit einer Arroganz der Macht über die Einkommens- und Lebensverhältnisse der Beschäftigten bestimmt wird, steigt der Druck im Kessel weiter an und damit die Möglichkeit, dass es erneut zu kreativen Aktionen der Kolleginnen und Kollegen kommt.

Horst Göbel
Landesvorsitzender

TERMIN

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe 2013. Landesjournal Bremen, ist der **3. Dezember 2012.**

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de

„Begrüßung“ für Senator Ulrich Mäurer

Am Tag der Vereidigung unserer jungen Kolleginnen und Kollegen des Jahrgangs 2012 wurde Innen senator Ulrich Mäurer nicht nur von den angehenden Polizistinnen und Polizisten begrüßt. Auch die sich bereits im Dienst befindlichen Schutzleute ließen es sich nicht nehmen, dem Innensenator einen „herzlichen“ Empfang zu bereiten. Sie führten die Wahlplakate der SPD aus dem Wahljahr 2011 mit sich, die wir nur mit einer Karikatur und der Unterschrift

„Gerecht geht anders“ aktualisiert hatten. Ansonsten entsprach die Aussage auf dem Plakat auch unserer Auffassung.

Unserem „Begrüßungskomitee“ schlossen sich auch der stellvertretende Polizeipräsident, der Leiter der Schutzpolizei und der Leiter der Bereitschaftspolizei an. Die Kolleginnen und Kollegen zeigten Ulrich Mäurer damit ihren Protest gegen die Pläne des Senats, ihre Gehälter mit einer Eigenbeteiligung an der Freien Heilfürsorge zu kürzen.



Protestierende Polizisten warten auf den Senator für Inneres.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



LANDESVORSTAND



Die Proteste gegen geplante Kürzungen unserer Gehälter nehmen zu. Es gibt viele Orte, wo wir unseren Innensenator immer wieder „begrüßen“ können, so wie hier vor dem Bremer Rathaus (oben) und in Bremerhaven (rechts).



In seinen Begrüßungsworten an den neuen Jahrgang wick Polizeipräsident Lutz Müller von seinem Redetext ab und erklärte den jungen Kolleginnen und Kollegen sowie den versammelten Gästen zu Beginn:

„Polizeibeamte sind sehr pragmatisch und selbstbewusst. Das konnten Sie draußen soeben beobachten. Dort traten Polizistinnen und Polizisten für ihre Rechte ein.“

Als GdP wollten wir die Vereidigungsfeier unserer neuen Kolleginnen und Kolleginnen nicht stören, aber gleichzeitig unseren Protest zum Ausdruck bringen.

Daher hatten wir dafür Sorge getragen, dass die Anwärter zuvor eine entsprechende Information in Form eines Faltblattes erhielten.

Eine Woche später „begrüßten“ die Kollegen der Kreisgruppe Bremerhaven den Innensenator in ähnlicher Form. Wir werden auch zukünftig den für diese ungerechte Politik Verantwortlichen immer wieder an ihr herabwürdigendes Handeln erinnern.

Der Landesvorstand

FACHGRUPPE SENIOREN

Wilhelm Hinners bei den Senioren im Grollander Krug

Der Fachgruppenvorsitzende konnte beim monatlichen Treffen im Grollander Krug am 11. Oktober 2012 unseren Kollegen und CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Wilhelm Hinners begrüßen. Die Versammlung war gut besucht. Wilhelm begann seinen Beitrag mit den Schwerpunkten zum Haushalt. Hier wurde für alle Anwesenden deutlich, dass es im Haushalt keinen Spielraum mehr geben wird. Ein weiteres Thema war ein Ausblick auf das Jahr 2020, in Sachen Haushalt ein besonderes Jahr! Auch die „Sparmaßnahmen“ wie Eigenbeteiligung an der Freien Heilfürsorge für unsere aktiven Kolleginnen und Kol-

legen, die beabsichtigte Revierschließungen waren weiteren Themen, die einen breiten Raum der Diskussion einnahmen. Aus Zeitgründen konnten leider nicht alle Themen angesprochen werden. Aber Wilhelm versprach, die Gesprächsrunde im neuen Jahr fortzusetzen. Lieber Wilhelm, die Einladung steht!

Wir dürfen uns an dieser Stelle bei unserem Kollegen Wilhelm Hinners recht herzlich für seine Beiträge bedanken. Er hat es verstanden, dass auch das nicht ganz einfache Thema Haushalt bei allen Anwesenden gut angekommen ist.

Wolfgang Karzenburg



Für unsere Rechte kämpfen

Am 13. November fand die jährliche Vertrauensleutetagung der Fachgruppe Schutzpolizei statt. Mit 30 Teilnehmern sowie als Gäste der Landesvorsitzende Horst Göbel, sein Stellvertreter Heinfried Keithahn und der Leiter Schutzpolizei, Rainer Zottmann, eine beachtliche Zahl.

Einleitend erläuterte Horst Göbel noch mal die bislang durchgeführten und künftig geplanten Aktionen der GdP. Hierbei gehe es darum, ständig Präsenz an politischen Veranstaltungen zu zeigen und dem Innensenator klarzumachen, dass wir bereit sind zu kämpfen.

In einem Gespräch mit Herrn Mäurer habe man ihm dargelegt, dass der Unmut der Kollegen, insbesondere die „Streikaktion“, die logische Reaktion der Kollegenschaft auf die jahrelangen



V. l. n. r.: Kai Rohmeder, Holger Witt, Rainer Zottmann, Horst Göbel

FACHGRUPPE SENIOREN

Termine im Dezember

Im Monat Dezember 2012 finden keine monatlichen Treffen in Bremen/Bremerhaven statt (Weihnachtsfeiern).

Termine im Januar

Bremerhaven

Dienstag, 8. Januar 2013, 16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8

Bremen

Donnerstag, 10. Januar 2013, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Zu diesem Termin hat der Polizeipräsident seine Teilnahme zugesagt.

Vorankündigung

Theaterbesuch in Felde (bei Riede), „Schierloh's Gasthaus“, am Freitag(!), 22. Februar 2013, 14.30 Uhr.

„Ehe op Tiet“ so lautet das Stück.

Kosten: Theaterbesuch mit Kaffee und Kuchen pro Person 14,- € bei eigener Anreise.

Eine Anreise mit ÖPNV ist möglich. Karten in der GdP-Geschäftsstelle (Mo.–Do. 9.00 – 13.00 Uhr) oder auf der Weihnachtsfeier.

Weitere Informationen: Tel. (04 21) 9 49 58 55 Kollegin Anne Wohlers.

Wolfgang Karzenburg

Einschnitte (mittlerweile ca. 17%) in die Besoldung sei. Die Politik könne sich nun nicht mehr sicher sein, dass trotz eines Verbotes nicht doch das Streikmittel als Ultima Ratio in Betracht käme.

Da die Entscheidung über die Zuzahlung der Freien Heilfürsorge bis Redaktionsschluss noch nicht gefallen war, wurde durch Heinfried Keithahn noch zu bedenken gegeben, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Summe von 1,8 Mio. Euro an anderer Stelle vom Senator eingespart werden muss. Im Koalitionsvertrag wurde festgeschrieben, dass jedes Jahr 1,2% (also insgesamt 4,8%) im Bereich Inneres eingespart werden müssen. Dies lässt bereits erahnen, dass auch in den nächsten Jahren weitere „Sparideen“ auf uns zukommen werden.

Die logische Konsequenz kann also nur sein, dass unser Widerstand nicht nachlassen darf!

Herr Zottmann wurde vom Fachgruppenvorsitzenden Holger Witt zunächst auf den Brandbrief der Einsatzdienstleiter angesprochen. Hierzu gestand der Leiter-S- Fehler bei der Um-/Aussteuerung von Dauerkranken und Lücken in der Personaldecke im letzten Sommer ein.

Aktuell sei man jedoch wieder gut aufgestellt. Bei Abgängen könnten jedoch aus der BePo nur noch ca. 30 Kol-



FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

legen nachgesteuert werden, dann seien dort alle Reserven aufgebraucht.

In der Folge müsse man anschließend in Betracht ziehen, offene Stellen außer im ESD nicht mehr neu zu besetzen.

Bezüglich der Beförderungssituation habe der Polizeipräsident erfolglos beim



Senator für Inneres remonstriert, die Lage sei aktuell nicht zufriedenstellend aber hinzunehmen.

Im Folgenden sprach der Leiter der Schutzpolizei einige interessante Punkte an, die teilweise kontrovers diskutiert wurden:

- Die REEG soll definitiv „nur“ bis zum 15. Januar 2013 laufen.
- Die Bemühungen, den Anorak (signalgelb/marine, s. DP Oktober 2012) aus dem Bekleidungsangebot des LZN auch für die Direktion S freizugeben, werden fortgesetzt, dieser Wunsch vieler Kollegen/-innen wird nun an den PP Lutz Müller weitergegeben.
- Es soll ein Gesundheitsmanagement betrieben werden, zudem sei die regelmäßige sportliche Betätigung im Dienst seiner Meinung nach möglich.
- Aktuell wird die Einrichtung eines Zentralgewahrsams diskutiert.
- Es gibt keinen fünften Wagen für den ESD Süd.
- Eine Körperschutzausstattung für den ESD wird angestrebt, der Kostenfaktor steht dem vorerst entgegen (ist aber im Haushaltsgespräch).
- Die MES-Trageberechtigung kann weiterhin von allen Kollegen erworben werden, eine Absenkung der Ausbildungsstunden wurde durch das Haus Senator für Inneres abgelehnt.
- Bzgl. der Spuckhauben stellen sich vor allem die SPD und Grünen quer, man prüft nun weitere Modelle/Mundschutz und hofft auf die Freigabe im Hause Inneres.

Der Kollege Kleischmann erörterte die gesundheitlichen Nachteile des bestehenden Schichtplanes des ESD. Hierbei nahm er Bezug auf aktuelle arbeitsmedizinische Untersuchungen und die Bachelor-Arbeit der Kollegin Nowak.

Schnell wurde klar, dass eine Überarbeitung aus gesundheitlichen Aspekten dringend geboten ist. Aufgrund des vermutlich bevorstehenden Misstrauens der Kollegenschaft (wann gibt es schon mal Verbesserungen), sollte jedoch zunächst ein Meinungsbild erlangt werden, wie der ESD einem neuen Schichtplan gegenübersteht. Erst dann könnte man weitere Schritte planen.

Die Grundlage sollte hierbei ein „Rollen der Schichten nach vorne“ (F/S/N) und eine Verlässlichkeit der Dienste sein.

Herr Zottmann stimmte unseren Ausführungen, dass jahrelanger Wechselschichtdienst psychisch und physisch stark belastend sei, ebenso zu, wie den Klagen, dass die am niedrigsten bewerteten Kollegen am häufigsten Verletzungen, Beleidigungen und Angriffe erfahren.

Dennoch sprach er sich deutlich gegen mögliche Verbesserungen im Wechselschichtdienst, z. B. Doppelblockwoche nach „altem“ System oder Erhöhung DUZ aus. Ein klarer Schlag ins Gesicht also für zahlreiche Kolleginnen

ne Freiwilligkeit der altersgerechten Personalsteuerung geeinigt.

Ein weiterer entscheidender Punkt der Tagung, bei dem sich die Vertrauensleute und Herr Zottmann einig waren, ist unsere Positionierung gegenüber den weiteren geplanten Einschnitten der Politik. Ein Griff ins Portmonee der Kolleginnen und Kollegen wird kategorisch abgelehnt, Einsparungen auf unsere Kosten darf es nicht weiter geben.

Will die Politik weiterhin ihre Sparzwänge durchsetzen, so möge sie dies im Bereich Personal tun und weiter Stellen abbauen. Nur so sind die Folgen auch für den Bürger erkennbar.

Und wir werden die Verantwortlichen klar benennen und Schummelpakete nicht zulassen.

So müssten dann Einsätze und Berichterstattungen eben neu priorisiert werden, zur Not sind längere Wartezeiten die Folge. Mehr als arbeiten kann und wird nämlich niemand.

Denne eines ist klar: **Wir müssen für unsere Rechte kämpfen!**

Kai Rohmeder, FG Schutzpolizei



Die Vertrauensleute der Schutzpolizei hatten viel zu besprechen, ungelöste Probleme gibt es genug.

und Kollegen, welche diesen tagtäglich ausüben.

Seine Begründung: „Man darf den Schichtdienst nicht zu attraktiv machen, sonst will ja keiner mehr da raus.“

Er vertrat deutlich die Meinung, dass alle Kollegen mit 45 Jahren aus dem Schichtdienst ausscheiden sollten, seiner Ansicht nach verpflichtend. Hier hatte man sich aber bereits im Vorfeld auf ei-



Mund auf gegen Blutkrebs

Stäbchen rein und Spender sein

Frei nach diesem Motto wollen wir, die JUNGE GRUPPE BREMEN, alle noch nicht registrierten Kollegen und Kolleginnen aufrufen, am **7. 12. 2012 zwischen 8.00 und 15.00 Uhr in die Aula der Hochschule für Öffentliche Verwaltung zu kommen.**

Unser Ziel ist es, vor allem die neu eingestellten Kollegen und Kolleginnen in der Hochschule als neue Stammzellenspender zu gewinnen. Genauso würden wir uns über jeden erfahrenen Kollegen oder jede Kollegin freuen, die sich als Spender oder Spenderin für die **DKMS** (Deutsche Knochenmarkspenderdatei) zur Verfügung stellen.

In zweierlei Hinsicht haben sich in den letzten zwei Jahren insgesamt 250 potenzielle Lebensretter engagiert. Sie haben sich neben der Typisierung für die **DKMS** auch in ihren finanziellen Möglichkeiten mit einer Spende, dem guten Zweck für die Knochenmarkspenderdatei, verdient gemacht.

Allein zehn Minuten reichen aus, um sich registrieren zu lassen. Die Typisierung erfolgt durch eine Speichelentnahme per Wattestäbchen. Es ist keine Blutentnahme erforderlich und ermöglicht es so jedem Freiwilligen, auch im Dienst an der Aktion teilzunehmen. Danach warten alkoholfreier Punsch und Weihnachtsgebäck auf die Freiwilligen.

Wir hoffen auf ein zahlreiches Erscheinen, denn:

AUCH DEINE SPENDE KANN EIN LEBEN RETTEN!!

Eva Schmidt

Alle 45 Minuten erkrankt in Deutschland ein Mensch an Leukämie (Blutkrebs). Diese bösartige Erkrankung der weißen Blutkörperchen geht vom Knochenmark (nicht Rückenmark) aus. Für viele Leukämiepatienten besteht die einzige Heilungschance in einer Stammzellenspende.

Deshalb starten wir eine:

Typisierungsaktion

Datum: 07.12.2012
Zeitraum: 08:00 Uhr bis ca. 15:00 Uhr
Ort: Aula der HföV,
 Doventorscontrescarpe 172
 in 28195 Bremen, Block B
 incl. Punschtrunk (alkoholfrei),
 Keksen, Kuchen!

Die Typisierung wird diesmal durch Speichelentnahme aus dem Mund mittels kleiner Wattestäbchen und NICHT durch eine Blutentnahme erfolgen!



GRÜNE Jugend Bremen zeigt ihr wahres Gesicht

Nachdem am 12. 10. 2012 ein ehemaliges Speditionsgebäude in der Bremer Neustadt durch ca. 100 linksautonome Gewalttäter zeitweise besetzt und einschreitende Polizeibeamte teils massiv angegriffen wurden, äußerte sich die Jugendorganisation der Bremer Grünen in der Folge öffentlich und zeigte sich solidarisch mit den Systemgegnern.

So äußerte Timo Koch, Sprecher der GRÜNEN Jugend Bremen (GJHB):

„Der Einsatz der Bremer Polizei war übertrieben, es kann nicht sein, dass ein Gebäude leersteht und stattdessen nicht als Zentrum für linke Kultur und Politik genutzt werden soll, wir erklären uns mit Aktion und Aktivisten/-innen solidarisch.“

Zudem fordert die GJHB in ihrer wirren Erklärung „die Einstellung aller strafrechtlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit der Unruhbesetzung und ein Ende der pauschalen Kriminalisierung autonom-linker Politik.“

Was Frau Linnert wohl zu diesen Aussagen ihres Parteinachwuchses sagt. Womöglich fällt bei der GJHB jedoch der sprichwörtliche Apfel nicht weit vom Stamm. **Die Junge Gruppe Bremen verurteilt eine solch unsachliche Verzerrung der Tatsachen jedenfalls aufs Schärfste.**

Junge Gruppe Bremen



GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

Muss man für Fußtritte gegen den Kopf ins Gefängnis? Nein, nicht in Bremen!

Gewalt gegen Polizeibeamte ist ein vieldiskutiertes Thema, das überall Betroffenheit auslöst. Gewalt gegen Polizeibeamte wird von der Gesellschaft, von der seriösen Politik verurteilt und geächtet. Auch wenn sich die Gesetzgebung mit einer eindeutigen Strafvorschrift schwertut und immer noch glaubt, dass die Verschärfung des § 113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) ausreicht, toleriert niemand Angriffe gegen Polizisten. Aber wie sieht es mit der Verurteilung durch die Gerichte aus?

Marvin D. (Name von der Red. geändert), 19 Jahre jung und schon kriminell durch und durch. Er gilt als Intensivtäter, er bewegt sich völlig außerhalb der gesellschaftlichen Regeln des Zusammenlebens. Er bricht Autos auf, er bricht in Häuser ein, er randaliert, begeht Sachbeschädigungen.

Marvin D. ist mit einem überdurchschnittlich kräftigen Körper gesegnet. Der kommt ihm in seiner Kampfsportart mit Ball auf Großfeld zugute.

Leider setzt er seine Kraft nicht nur auf dem Spielfeld ein. Ihm fehlt inzwischen jeglicher Respekt vor der Polizei. Mehrfache Widerstandshandlungen gegen einschreitende Beamte stehen zu Buche.

Sein Strafregister ist auf über 70 Taten angewachsen.

Marvin D. greift wieder einen Polizeibeamten an

Im Frühjahr dann der vorläufige Höhepunkt seiner Gewalt gegen Polizeibeamte. Ein Kollege in seiner Freizeit und damit in Zivil beobachtet zwei verdächtige Männer. Was er nicht weiß: Die beiden Männer sind gerade auf der Flucht nach einem Wohnungseinbruch. Sie sprechen ihn an, ob er etwas von ihnen wolle. Der Kollege gibt sich als Polizeibeamter zu erkennen. Das soll ihm wenige Augenblicke später zum Verhängnis werden.

Marvin D. und sein Komplize behaupten, sie seien auch Polizeibeamte und verfolgten Autoaufbrecher. Sie fordern den

echten Polizisten sogar noch auf, ihnen dabei zu helfen. Marvin D. zieht als Beweis ein vermeintliches Funkgerät aus der Tasche, es entpuppt sich später als Scanner.

Der echte Polizeibeamte möchte nun einen Dienstausweis sehen. Mit den Worten: „Den zeig ich dir“, schlägt Marvin D. unvermittelt und ansatzlos zu. Und der Schlag sitzt. Der Kollege geht zu Boden. Ab jetzt beginnt die Gewaltorgie. Marvin D. und wohl auch sein Komplize treten auf den Polizeibeamten ein. Sie treten ihm gegen den Kopf, treten ihm ins Gesicht, hinterlassen sogar einen auswertbaren Schuhabdruck im Gesicht.

Der Polizist kommt mit schwersten Gesichtsverletzungen ins Krankenhaus. Nase gebrochen, Gehirnerschütterung, am Morgen erhaltenes Zahnprovisorium wieder raus.

Vier Tage Krankenhausaufenthalt, später noch einmal drei Tage zum Richten der Nase. Es grenzt an ein Wunder, dass es keine bleibenden Schäden gibt. Vorläufig jedenfalls, denn wer kann schon voraussagen, ob sich später vielleicht permanente Kopfschmerzen oder andere Spätfolgen einstellen?

Das Urteil

Im Laufe der nächsten Monate begeht Marvin D. weitere Widerstandshandlungen und Bedrohungen gegenüber Polizei- und Justizbeamten.

Anlässlich einer Hausdurchsuchung einer auswärtigen Dienststelle greift er den durchsuchenden Beamten an.



Fotos sagen mehr als 1000 Worte

Er bleibt einer Gerichtsverhandlung fern, die Polizisten, die ihn zum Termin vorführen sollen, bedroht er an der Tür mit einem Messer, sodass sie sich zurückziehen müssen.

Kurz in Haft, greift er im Gefängnis seine Wärter an.

Dann die Gerichtsverhandlung vor dem Jugendgericht. Es werden mehrere verschiedene Taten des Marvin D. verhandelt, darunter die geschilderten Widerstandshandlungen und der Wohnungseinbruch, in dessen Folge der Zivilbeamte zusammengetreten wurde.

Das Urteil: 1 Jahr und 9 Monate Haft (bis hierhin in Ordnung) auf Bewährung. Und das ist gar nicht mehr in Ordnung!

Wir wissen, dass im Jugendstrafrecht der erzieherische Ansatz im Vordergrund steht. Wir akzeptieren, dass Richter frei und unabhängig in ihren Entscheidungen sind. Wir stehen zu unserem Justizwesen.

Aber die Richter sind nicht frei von einer kritischen Betrachtung ihrer Urteile. Wir erwarten, dass das Strafmaß und der angerichtete Schaden, insbesondere der angerichtete körperliche Schaden bei



GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

Menschen in einem vertretbaren Verhältnis stehen. Wir können auch im Jugendstrafrecht eine maßregelnde Bestrafung erwarten, die den Namen Strafe tatsächlich verdient.

Ein 19-Jähriger, der theoretisch auch schon nach dem Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden könnte, darf unserer Meinung nach bei solchen Delikten nicht von der Haft verschont bleiben.

Gerichte müssen zum Schutz vor Gewalt ihren Beitrag leisten

Gewalt gegen Polizeibeamte und auch andere wie z. B. Rettungskräfte nimmt deutlich zu. Aus aggressivem Verhalten gegenüber einschreitenden Polizisten entsteht immer häufiger eine körperliche Auseinandersetzung. Die Hemmschwelle, Amtsträger anzugreifen und zu verletzen, ist erheblich gesunken.

An dieser Stelle sehen wir bei den Gerichten eine wesentliche Rolle, der Gewalt entgegenzuwirken und für eine ge-

wisse Abschreckung zu sorgen. Das Strafmaß spielt dabei die entscheidende Rolle. Milde Urteile ohne wirkliche freiheitsentziehende Konsequenzen beenden nicht die Spirale der Gewalt. Repression ist an dieser Stelle immer noch die beste Prävention!

Wir sagen es ganz deutlich: Marvin D. gehört nicht auf die Straße, Marvin D. benötigt Zeit in einem begrenzten Raum, um über sein Leben, seine Taten und seine Zukunft nachzudenken. Er benötigt dabei therapeutische Hilfe, soll aus ihm nicht ein Pulverfass werden, dessen Explosion irgendwann ein Mensch mit dem Leben oder lebenslanger Invalidität bezahlt. Voraussichtlich wird dieser Mensch ein Polizist oder eine Polizistin sein.

Eine Woche nach dem Urteil der nächste Widerstand

Marvin D. beschränkt sich bei seinen Taten nicht nur auf Bremen. Nur eine

Woche nach seiner Verurteilung bricht er in zwei Häuser im niedersächsischen Umland ein. Er flüchtet und wird von einem Polizeibeamten gestellt. Marvin D. sprüht dem Beamten Pfefferspray in die Augen, der nächste Klinikaufenthalt eines Polizisten.

Und er wird nach der Festnahme wieder entlassen. Niedersachsen weiß noch nichts von der Verurteilung in Bremen.

Zwischenzeitlich erging Haftbefehl, Marvin wurde umgehend festgenommen. Er sitzt jetzt in Haft. Das beruhigt für den Moment, löst aber nicht das grundsätzliche Problem. Wir sind gespannt auf das nächste Urteil.

Wolfgang Ahlers

Der verletzte Bremer Kollege bedankt sich ganz ausdrücklich für die vielen helfenden Anrufe, SMS und Gespräche in der schweren Zeit seiner hoffentlich dauerhaften Genesung.

SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG**Viele wissen gar nicht, dass es uns gibt.**

Die Schwerbehindertenvertretung in der Polizei Bremen

Darum möchten wir uns hier ein wenig bekannter machen. Die Schwerbehindertenvertretung (SBV) in der Polizei Bremen besteht zzt. aus vier Mitgliedern:

1. **Ursel Barz, Tel. 1 90 15**
2. **Axel Kniefs, Tel. 12 01 41.**
Stellvertreter
3. **PK Hans-Kristhardt von Garrel,**
Tel. 3 73 72. Stellvertreter
4. **KK Horst Ruhnke, Tel. 19 41 53.**
Stellvertreter

Wir, die SBV, sind eine genauso wichtige Institution wie der Personalrat oder die Frauenbeauftragte und genauso zu beteiligen. Wir werden alle vier Jahre von den schwerbehinderten Kollegen/-innen gewählt. Immer zwei Jahre zeitversetzt mit den Personalratswahlen. Die nächste Wahl ist wieder im Herbst 2014.

Wir bekommen immer mehr schwerbehinderte Mitarbeiter, die wir zu betreuen haben. Aktuell haben wir 75 schwerbehinderte Mitarbeiter, davon ca. 2/3 Polizeivollzugsbeamte. Das immer mehr PVB schwerbehindert sind,

ist mit Sicherheit auch der sehr großen Belastung und den damit einhergehenden Erkrankungen geschuldet. Mir ist bekannt, dass noch sehr viele PVB den Status des Schwerbehinderten haben, also mind. 50% GdB (Grad der Behinderung), diese sich aber nicht „outen“ wollen. An diese „Dunkelziffer“ möchte ich mich hier ausdrücklich noch einmal wenden und sie bitten, mit mir doch einmal einen Gesprächstermin zu vereinbaren, um abzuklären, warum sie sich nicht „outen“. Vielleicht kann ich ja dabei helfen, die Zweifel auszuräumen.

Wir haben für jeden ein offenes Ohr und helfen, so gut wir können. Auch bei der Antragstellung auf Anerkennung der Schwerbehinderung sind wir gerne behilflich.

Um immer bestens informiert zu sein, besteht mit den Schwerbehindertenvertretungen der Polizei beim Bund (BKA u. BPOL) und in den Ländern ständig ein reger Austausch. Dieser Austausch ist sehr wichtig, denn wenn es etwas Neues

oder z. B. auch mal interessante Urteile gibt, wird dieses gleich an alle anderen Bundesländer weitergegeben. Hat man eine spezielle Frage, bei der man nicht weiterkommt oder braucht man z. B. mal einen Fachanwalt oder spezialisierten Arzt für ein bestimmtes Problem, wird eine bundesweite Umfrage gestartet, und nachgefragt, wer bei dem Problem helfen oder einen entsprechenden Anwalt/Arzt empfehlen kann. Durch diese Umfragen konnte schon einigen Kollegen/-innen auch hier in Bremen geholfen werden.

Ich hoffe, durch diesen Artikel hat man nun einen kleinen Eindruck dessen bekommen, womit sich die Schwerbehindertenvertretung unter anderem beschäftigt und man hat uns etwas kennengelernt. Wer nun doch noch Genaueres über uns oder unsere Arbeit erfahren, oder uns auch mal persönlich kennenlernen möchte, darf gerne einen Termin vereinbaren.

Ursel Barz
**Schwerbehindertenvertretung
der Polizei Bremen**

